

Aktuelle Stellungnahme des Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB) zum Rückbau des AKW Grafenrheinfeld und zur Diskussion um die geplante Einstufung von Atomkraft als „nachhaltige“ Energiequelle (Taxonomie)

Sehr geehrte Redakteurinnen,
sehr geehrte Redakteure,

zunächst möchte ich Ihnen alles Gute für das Jahr 2022 wünschen!

Bitte berücksichtigen Sie in Ihrer Berichterstattung folgende Pressemitteilung des Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB).

Rückbau des AKW Grafenrheinfeld:

Es ist bedauerlich und unverständlich, dass die Rückbau-Massnahmen offensichtlich auch zukünftig ohne umfassende transparente Information und Einbeziehung von Verbänden, BIs und interessierter Öffentlichkeit stattfinden sollen. Bislang wurden die Forderungen zur Einrichtung eines „runden Tisches“ von den Verantwortlichen leider ignoriert. Über die Medien werden Informationshäppchen verteilt - z.B., dass die Kühltürme nicht am Ende des Abbaus eingerissen werden, sondern bereits in wenigen Jahren kontrolliert gesprengt werden sollen. Es erschliesst sich allerdings in keiner Weise, inwiefern ein derartiges Spektakel von Vorteil sein könnte. Möglicherweise gibt es den auch nicht, und das Vorhaben muss als reine Symbolpolitik eingeschätzt werden?

Die oberirdische Zwischenlagerung von Atommüll - hochradioaktiv bzw. schwach- und mittelradioaktiv strahlend - in zwei Atommüll-Lagern auf dem Werksgelände stellt weiterhin ein enormes Sicherheitsrisiko dar. Von den Lagern gehen Emissionen aus, sie können Ziel terroristischer Angriffe mit verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Region werden. Das Lager für hochradioaktiven Atommüll hat eine Betriebsgenehmigung bis 2046, ExpertInnen halten es für ausgeschlossen, dass zu diesem Zeitpunkt ein tiefeingeologisches Lager für die dauerhafte Abschirmung der hochgefährlichen Hinterlassenschaften aus dem AKW-Betrieb zur Verfügung stehen wird. Für eine derartige Lagerstätte ist bisher noch nicht einmal ein Standort gefunden worden. Daher wird es auf eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung hinauslaufen - obwohl unklar ist, wie lange die Castorbehälter mitsamt dem Verschlussystem der Belastung durch das radioaktive Inventar standhalten können. Offen ist auch, ob die Hüllrohre um die abgebrannten Brennstäbe im Inneren der Castorbehälter bei verlängerter Zwischen-Lagerung in einem Zustand wären, der das geplante Öffnen der Transportbehälter und Umpacken in endlagergeeignete Behälter ermöglichen würde.

Das Lager für den beim Rückbau anfallenden schwach- und mittelradioaktiv strahlenden Atommüll wurde 2021 in Betrieb genommen, genehmigt ist zudem die Annahme derartiger Stoffe aus anderen Atomanlagen von Preussen-Elektra. Für diesen Atommüll ist zunächst - frühestens Anfang 2027 - der Transport in das geplante Logistikzentrum (LoK) in Würzgassen vorgesehen, um dort in Chargen gepackt und für den Transport und die dauerhafte Einlagerung im stillgelegten Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Niedersachsen bereitgestellt zu werden. Dieses soll ebenfalls 2027 in Betrieb gehen.

Sowohl das LoK als auch Schacht Konrad stehen heftig in der Kritik. Schacht Konrad wurde aus politischen Gründen festgelegt. Ein vergleichendes, transparentes Standortverfahren mit klaren Sicherheitskriterien hat es nicht gegeben. Nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik wäre Schacht Konrad sicher nicht mehr als Endlagerstätte zu genehmigen. Das geplante Verfahren bedeutet massive Atommülltransporte mit all ihren Gefahren für Mensch und Umwelt.

Das SWAB bezweifelt, dass die angedachte Räumung des hiesigen Lagers tatsächlich 2027 erfolgen kann. Für das SWAB ergibt sich die Forderung nach deutlich mehr Sicherheit und Sicherung in Bezug auf den am Standort Grafenrheinfeld gelagerten Atommüll!

Die skandalöse Praxis der Freimessung / Freigabe von radioaktiv belasteten Materialien, sowie die Einlagerung auf der Deponie Rothmühle bzw. die Verbrennung im GKS ist höchst bedenklich und wird vom Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft abgelehnt. Dies widerspricht dem Minimierungsgebot - Radioaktivität wird unkontrolliert verbreitet.

Der Verweis von Betreibern und Behörden, man achte das 10 Mikrosievert-Konzept, kann nicht beruhigen: es gibt keinen Schwellenwert, unterhalb dessen radioaktive Strahlung mit Sicherheit nicht schädlich sein kann.

Einstufung von Atomkraft als „nachhaltige“ Energiequelle

Die EU-Pläne haben sich schon seit Monaten abgezeichnet, am 31.12.2021 hat die EU-Kommission schließlich einen Entwurf zur Taxonomie-Verordnung vorgestellt: Atom- und Gaskraftwerke sollen als nachhaltige Energiequellen eingestuft werden.

Das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft ist entsetzt über das Vorhaben der EU-Kommission.

Denn Atomenergie ist gefährlich, teuer, langsam, störanfällig, schmutzig, ineffektiv! Der Atommüll stellt ein gigantisches, nicht gelöstes Problem dar, die radioaktive Strahlung gefährdet Mensch und Umwelt mit allen Lebewesen. Die zivile Nutzung der Atomenergie ist mit der militärischen Nutzung - d.h. dem Bau von Atomwaffen - verknüpft! All diese Gründe belegen, dass Atomenergie nicht nachhaltig ist. Auch Investitionen in Gaskraftwerke sind nicht nachhaltig.

Die geplante Taxonomie würde fatalerweise die Finanzierung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit den Weg in die Klimaneutralität behindern.

Selbst das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) verurteilt diese Entwicklung: „Aus fachlicher Sicht ist die Einordnung von Atomkraft als nachhaltige Form der Energieerzeugung nicht haltbar“ „ , so BASE-Präsident Wolfram König. Er nennt Atomenergie „eine Hochrisikotechnologie“, verweist auf das Abfallproblem und "die Gefahr des Missbrauchs von radioaktivem Material für terroristische und kriegerische Zwecke.“ „Kommenden Generationen bürden wir damit erhebliche Lasten auf, die auch mit dem Anspruch der Generationengerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen sind.“

Es ist ein bitteres Versäumnis, dass von deutscher Seite im Lauf des Diskussionsprozesses nur wenig Widerspruch gekommen ist.

Wir appellieren nun dringend an alle hiesigen PolitikerInnen: Bitte positionieren Sie Sich deutlich und unverzüglich gegen diese gefährlichen Pläne und fassen Sie in Ihren Parteigremien die entsprechenden Beschlüsse.

Freundliche Grüße

Babs Günther

für das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft (SWAB), Sprecherin